

Krause-Vilmar, Dietfrid

Die zeitgenössische marxistische Diskussion der "Überfüllung" akademischer Berufe am Ende des 19. Jahrhunderts

Herrmann, Ulrich [Hrsg.]: *Historische Pädagogik. Studien zur historischen Bildungsökonomie und zur Wissenschaftsgeschichte der Pädagogik. Beiträge zur Bildungstheorie und zur Analyse pädagogischer Klassiker. Literaturberichte und Rezensionen.* Weinheim ; Basel : Beltz 1977, S. 99-106. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 14)



Quellenangabe/ Reference:

Krause-Vilmar, Dietfrid: Die zeitgenössische marxistische Diskussion der "Überfüllung"
akademischer Berufe am Ende des 19. Jahrhunderts - In: Herrmann, Ulrich [Hrsg.]: *Historische Pädagogik. Studien zur historischen Bildungsökonomie und zur Wissenschaftsgeschichte der Pädagogik. Beiträge zur Bildungstheorie und zur Analyse pädagogischer Klassiker. Literaturberichte und Rezensionen.* Weinheim ; Basel : Beltz 1977, S. 99-106 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-231822 - DOI: 10.25656/01:23182

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-231822>

<https://doi.org/10.25656/01:23182>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

14. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

14. Beiheft

Historische Pädagogik

**Studien zur Historischen Bildungsökonomie
und zur Wissenschaftsgeschichte der Pädagogik**

**Beiträge zur Bildungstheorie und zur Analyse
pädagogischer Klassiker**

Literaturberichte und Rezensionen

**Herausgegeben von
Ulrich Herrmann**

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1977

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Historische Pädagogik : Studien zur histor.
Bildungsökonomie u. zur Wissenschaftsgeschichte
d. Pädagogik ; Beitr. zur Bildungstheorie u. zur
Analyse pädag. Klassiker ; Literaturberichte
u. Rezensionen / hrsg. von Ulrich Herrmann. –
1. Aufl. – Weinheim, Basel : Beltz, 1977.
(Zeitschrift für Pädagogik : Beih. ; 14)
ISBN 3-407-41114-6
NE: Herrmann, Ulrich [Hrsg.]

© 1977 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Gesamtherstellung: Beltz, Offsetdruck, 6944 Hemsbach über Weinheim
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41114 6

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
-------------------	---

Die Mitarbeiter dieses Heftes	6
---	---

I. Historische Bildungsökonomie:

Die Krise des Qualifikations- und Berechtigungswesens im deutschen Kaiserreich 1870–1914

DETLEF K. MÜLLER

Qualifikationskrise und Schulreform	13
---	----

DETLEF K. MÜLLER/BERND ZYMEK/

ERIKA KÜPPER/LONGIN PRIEBE

Modellentwicklung zur Analyse von Krisenphasen im Verhältnis von Schulsystem und staatlichem Beschäftigungssystem. Materialien und Interpretationsansätze zur Situation in Preußen während der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts	37
---	----

SEBASTIAN F. MÜLLER

Mittelständische Schulpolitik. Die Rezeption des Überfüllungsproblems im gewerblichen und Bildungsbürgertum am Ende des 19. Jahrhunderts	79
--	----

DIETFRID KRAUSE-VILMAR

Die zeitgenössische marxistische Diskussion der „Überfüllung“ akademischer Berufe am Ende des 19. Jahrhunderts	99
--	----

HARTMUT TITZE

Die soziale und geistige Umbildung des preußischen Oberlehrerstandes von 1870 bis 1914	107
--	-----

II. Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftssoziologie der Pädagogik

HEINZ-ELMAR TENORTH

Rationalität der Pädagogik. Wissenschaftstheoretische Dichotomien in der Erziehungswissenschaft und die Bedeutung der Historisierung der Wissenschaftstheorie .	131
---	-----

MAURITS DE VROEDE

Die Anfänge der „wissenschaftlichen Pädagogik“ (Pädologie) in Belgien von etwa 1895 bis 1914	159
--	-----

BERND ZYMEK

Wissenschaftsgeschichtliche Aspekte der Vergleichenden Erziehungswissenschaft in Deutschland	175
--	-----

GEORG JÄGER

Sozialstruktur und Sprachunterricht im deutschen Gymnasium zur Zeit des Vormärz	189
---	-----

III. Bildungshistorische Rekonstruktionen

KARL-ERNST NIPKOW

Bildung und Entfremdung. Überlegungen zur Rekonstruktion der Bildungstheorie	205
--	-----

MANFRED RIEDEL

Wilhelm von Humboldts Begründung der „Einheit von Forschung und Lehre“ als Leitidee der Universität	231
---	-----

MAX LIEDTKE

Pestalozzi – Plädoyer für die Methode	249
---	-----

GERHARD MÜSSENER

Begriff und Funktion des Pädagogischen Takts in Herbarts System der Pädagogik	259
---	-----

IV. Literaturberichte

FOLKERT MEYER

Geschichte des Lehrers und der Lehrerorganisationen	273
---	-----

WOLFGANG HINRICHS

Die pädagogische Schleiermacher-Forschung	285
---	-----

V. Besprechungen

ERIKA HOFFMANN

Fröbels Wirken in der Schweiz Zu dem Buch von L. Geppert: Fröbels Wirken für den Kanton Bern	303
---	-----

OTTO FRIEDRICH BOLLNOW

Eduards Sprangers Briefe	319
------------------------------------	-----

CHRISTOPH FÜHR

Bildungsgeschichte als Verfassungsgeschichte Zu Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789	333
---	-----

MAX LIEDTKE

Johann Heinrich Pestalozzi: Sämtliche Werke. Bände 17A, 25 bis 28	337
---	-----

ULRICH VOHLAND

Hans H. Gerth: Bürgerliche Intelligenz um 1800	343
--	-----

ELKE FURCK-PETERS

Rudolf Vandr�: Schule, Lehrer und Unterricht im 19. Jahrhundert	347
---	-----

CHRISTOPH F HR

Soziale Bewegung und politische Verfassung. Festschrift für Werner Conze	349
--	-----

GERD FRIEDERICH

Peter Adamski: Industrieschulen und Volksschulen in Württemberg im 19. Jahrhundert	354
---	-----

MARION KLEWITZ

Manfred Heinemann (Hrsg.): Sozialisation und Bildungswesen in der Weimarer Republik	358
--	-----

CARL-LUDWIG F RCK

Hubert Buchinger: Schulgeschichte Bayerns. Volksschule und Lehrerbildung im Spannungsfeld politischer Entscheidungen 1945–1970	363
---	-----

RUDI MASKUS

Josef Speck (Hrsg.): Problemgeschichte der neueren Pädagogik	365
--	-----

WOLFGANG KEMP

Diethard Kerbs: Historische Kunstpädagogik	372
--	-----

CHRISTOPH F HR

Hermann Aubin/Wolfgang Zorn (Hrsg.): Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. II: 19. und 20. Jahrhundert	376
---	-----

ULRICH HERRMANN

Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 3 und 4 380

ULRICH HERRMANN

Internationales Archiv für Sozialgeschichte der Literatur, hrsg. von Georg Jäger u. a., Bd. 1 und 2 384

Die zeitgenössische marxistische Diskussion der „Überfüllung“ akademischer Berufe am Ende des 19. Jahrhunderts

Wenn im folgenden die zeitgenössische marxistische und sozialistische Diskussion der „Überfüllungsfrage“ skizziert wird, so geschieht dies in dreifacher Absicht: (1) Dadurch kann dem Vorurteil begegnet werden, Stellungnahmen sozialdemokratischer Provenienz zu Hochschulfragen vor 1914 seien sowohl praktisch wirkungslos als auch „der liberalen Geisteswelt“ entnommen oder gar „durchaus nicht revolutionär“ gewesen (ANDERNACH 1972, S. 185–194). (2) Eine gewisse Enge des Blickwinkels, die unvermeidlich dann eintreten wird, wenn man sich nur auf die an der Diskussion der Überfüllungsfrage unmittelbar Beteiligten (Akademikerverbände, Ministerien) und ihre Strategien einläßt, kann somit aufgehoben werden. (3) Aus der marxistischen Diskussion jener Jahre ergeben sich, wie zu zeigen sein wird, Theorieansätze, die bis heute Aktualität beanspruchen dürfen.

1. Die Haltung der SPD

Stellungnahmen der Sozialdemokratischen Partei zur Überfüllungsdiskussion spielten im Rahmen der Verlautbarungen der Partei und ihrer Vertreter in den Parlamenten nur eine untergeordnete Rolle. Dies hatte folgende Ursachen:

(1) Als revolutionäre Arbeiterpartei, die sie nach der Annahme des Erfurter Parteiprogramms (1891) ohne Zweifel war, und die ihr Hauptaugenmerk auf die Bedingungen der Befreiung der Arbeiterklasse richtete, standen ihr Hochschulfragen zunächst fern. Ihre nächsten Ziele waren die Verwirklichung bzw. die Garantie der demokratischen Rechte (Meinungsfreiheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, Gleichstellung der Frau, Unentgeltlichkeit des Unterrichts u. a.), besonders das allgemeine und gleiche Wahlrecht, eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung (Acht-Stunden-Tag) und der Widerstand gegen Kolonialismus und Militarismus. Der Kampf um diese demokratischen und sozialen Rechte, die ihr in den vergangenen zwölf Jahren unter den Sozialistengesetzen entzogen waren, blieb jedoch vor 1905/06 eher allgemein-politisch bestimmt; erst von diesem Zeitpunkt an – mit dem „Bremer Schulkampf“ und dem preußischen Volksschulunterhaltungsgesetz – entfaltete die SPD auch eine differenzierte, auf Schule und Erziehung bezogene Programmatik und Praxis (CHRIST 1975).

(2) Bildungsfragen waren zwar vor 1890 niemals ausgeklammert, man denke nur an die Reden und Schriften W. LIEBKNECHTS (1968) und A. BEBELS (EICHLER 1963), richteten sich aber vornehmlich auf Probleme der Volksschule als der für die allermeisten Arbeiterkinder einzigen „Bildungsstätte“. Auch bedurfte es der Herausbildung qualifizierter sozialistischer Schul- und Bildungspolitik, ein Prozeß, der erst seit der

Jahrhundertwende mit der konkreten Entfaltung der marxistischen Schul- und Erziehungskonzeption bei C. ZETKIN, H. SCHULZ, O. RÜHLE u. a. einsetzte.

(3) Schließlich konnten Bildungsfragen in den Landtagen zumeist nur anlässlich der Haushaltsberatungen angesprochen werden. Sozialdemokratische Abgeordnete rückten auf Grund der ungleichen Wahlrechtsbestimmungen (z. B. beim preußischen Dreiklassenwahlrecht) erst spät in die Landtage ein (meist um die Jahrhundertwende; in Preußen erst 1908), zu einem Zeitpunkt mithin, an dem die uns hier interessierende Überfüllungsdiskussion abgeschlossen war.

2. Die zeitgenössische Publizistik der SPD

Blickt man nicht nur in die Verhandlungen der Parteitage und der Parlamente, sondern in die sozialdemokratische *Publizistik*, dann stellt man fest, daß in der sozialdemokratischen Presse, insbesondere in ihrem theoretischen Organ, der „Neuen Zeit“ und in den „Sozialistischen Monatsheften“ sowie deren Vorläufer, dem „Sozialistischen Akademiker“, mehrfach zur Überfüllungskrise akademischer Berufe Stellung genommen wird. In den Jahren von 1895 bis 1897 war dies sogar ein beherrschendes Thema der Beiträge im „Sozialistischen Akademiker“ bzw. den „Sozialistischen Monatsheften“.

Was hatte den Anlaß für diese breite Diskussion, die von Anfang an die grundsätzliche Frage der Stellung der Intelligenz in der kapitalistischen Gesellschaft einbezog, gegeben? Allem Anschein nach war es die Tatsache, daß sich seit der Aufhebung der Sozialistengesetze Angehörige der Intelligenz zahlreicher als zuvor der Sozialdemokratischen Partei theoretisch öffneten oder sich ihr auch organisatorisch anschlossen. „Die Anklage gegen das Kapital und die Sympathie mit dem Proletariat – mindestens mit dem ausgebeuteten, wenn auch nicht mit dem kämpfenden Proletariat – sind in Mode gekommen“ (KAUTSKY 1895, S. 76). In einer zeitgenössischen empirischen Untersuchung über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft wird ermittelt, daß die nichtproletarischen Wähler „sowohl 1893 wie 1898 mindestens den vierten Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft“ (BLANK 1905, S. 520) ausmachten. Man kann dies – trotz aller Fragwürdigkeit der methodischen Grundlagen dieser Untersuchung (und obwohl berufsspezifische Aussagen nicht getroffen wurden) – ebenso für ein Indiz der KAUTSKYSchen Aussage werten wie die *Organisationen* sozialistischer Intellektueller, die sich in eben diesem Zeitraum gründen: bereits im Jahre 1893 kommt es in Genf zum ersten „Internationalen Kongreß sozialistischer Studenten“; im Oktober 1895 findet der erste „Kongreß deutscher sozialistischer Akademiker“ in Berlin statt. Schließlich bezeugen auch die „Akademikerdebatten“ auf mehreren Parteitagungen der SPD – es ging dort um die Stellung des Akademikers in einer Arbeiterpartei –, die Tatsache, daß die Rolle der Intelligenz in der Partei nicht mehr peripher war. Diese bemerkenswerte Hinwendung von Teilen der Intelligenz zur Arbeiterbewegung stellt den Hintergrund für jene uns hier interessierende Diskussion dar; die Gewinnung größerer Teile der Intelligenz und die Bestimmung ihrer Aufgabe bildeten das bündnispolitische Interesse der Sozialdemokratie. So hatte F. ENGELS dem „Internationalen Kongreß sozialistischer Studenten“ geschrieben: „Die bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit forderten von den Universitäten lediglich Advokaten als das beste Rohmaterial für Politiker; die Befreiung der Arbeiterklasse benötigt darüber hinaus Ärzte, Ingenieure, Chemiker, Agronomen

und andere Spezialisten; denn es geht darum, die Leitung nicht nur der politischen Maschinerie, sondern ebenso der gesamten gesellschaftlichen Produktion in die Hand zu nehmen, und hier sind anstatt hochtönender Phrasen solide Kenntnisse vonnöten“ (1893, S. 415). Und KAUTSKY schrieb: „Unter den Problemen, welche die jüngste Entwicklung unserer Partei stellt, sind die wichtigsten die der Landagitation und der Gewinnung der Intelligenz“ (1895, S. 11). Von daher ist es verständlich, daß auch die Überfüllungsproblematik aufgegriffen wurde. Sie wurde sowohl als aktuelle *bildungspolitische Frage* als auch in grundsätzlicher *gesellschaftstheoretischer Perspektive* behandelt; beide Seiten dieser Diskussion sollen nun vorgestellt werden.

2.1. Zur Erklärung der Überfüllung der höheren Lehranstalten

Wenn auch konstatiert wird, daß es „leider keinerlei statistisches Material [gibt], aus dem sich mit wissenschaftlicher Sicherheit die Ursachen [des verstärkten Hochschulzugangs] ablesen lassen“ (ERNST 1896, S. 233), so wird doch einhellig angenommen, daß die beachtliche Zunahme der in Deutschland Studierenden (1874: ca. 13800 Studenten, 1888: ca. 29200 Studenten im Deutschen Reich) aus dem verstärkten Interesse *kleinbürgerlicher Schichten* (Beamte, Handwerker, kleine Kaufleute, zum Teil auch Bauern) an einer Hochschulausbildung resultierte. Dafür spricht auch, daß die Zahl der Studenten, die aus der Arbeiterklasse kommen, gleichbleibend bei 0,1 % gelegen hat („Ddf.“ 1895, S. 234). Dieser verstärkte Zugang kleinbürgerlicher Schichten wird aus dem sozialen Interesse an der Erhaltung eines als „krisensicher“ und „privilegiert“ angesehenen Status (z.B. mittlere Beamte, Oberlehrer, Ärzte) erklärt, was in letzter Instanz aus der *sozioökonomischen Bedrohtheit des Kleinbetriebs* (dies insbesondere nach 1873) resultiert: „Die Gründe dieser kolossalen Vermehrung der Intelligenzen sind hauptsächlich wirtschaftlicher Natur, und es ist interessant zu bemerken, daß Gründe ganz entgegengesetzter Art doch dieselbe Wirkung erzeugt haben. Die seit den sechziger und den ersten siebziger Jahren bemerkbare rasche Steigerung der Universitätshörer und der Schüler höherer Lehranstalten überhaupt war begründet in dem wirtschaftlichen Aufschwunge jener Zeiten, der es Manchem, der das Glück hatte, sich etwas emporzuarbeiten, ermöglichte, seinem Sohn eine bessere Bildung geben zu lassen als er selbst hatte ... Der seit 1873 datierende Niedergang aller Erwerbszweige hatte dieselbe Wirkung. Jetzt, da es jenen kleinen Leuten, vor allem den Handwerkern und kleinen Kaufleuten und zum Theil auch den Bauern schlechter als vorher ging, da sie trotz aller Noth und Entbehrung auf keinen grünen Zweig mehr kommen konnten, thaten sie, wenn es ihnen irgend möglich war, ihr Bestes, ihren Söhnen ein ähnliches Schicksal zu ersparen“ (ERNST 1896, S. 230). K. KAUTSKY hat es knapp formuliert: „Der Niedergang des Kleinbetriebs in Stadt und Land *drängt* heute die Kleinbürger und auch manchen Bauer dazu, ihren Nachwuchs, ob dazu veranlagt und geneigt oder nicht, unter allen Umständen, um jeden Preis in die Intelligenz aufsteigen zu lassen, denn dem Theil des Nachwuchses, bei dem dies nicht gelingt, droht das Versinken ins Proletariat“ (1895, S. 15).

2.2. Zur Erklärung staatlicher Reaktionen auf die „Überfüllung“

Das sich in dieser verstärkten Hinwendung zur höheren Bildung unbeschadet aller Status- und Aufstiegsinteressen ausdrückende Bildungsbedürfnis bislang nichtprivilegierter

Schichten wird prinzipiell bejaht: „Das Streben nach höherer Entfaltung seiner geistigen Anlagen und Leistungen, nach Erweiterung und Veredelung seines ganzen inneren Wesens ist der edelste Trieb, der den Menschen über das Tier hinausgehoben und ihn zur Kultur geführt hat. Diesen Trieb in anderen Menschen zu hemmen ist ein kulturwidriges, nächstenfeindliches Beginnen. Ein Staat aber, der den Eltern zumutet, diesen Trieb in ihren eigenen Kindern statt zu fördern, zu ersticken, spricht sich damit das denkbar schlimmste Urteil“ (DAVID 1897, S. 91). Von daher erfahren die Warnungen der Regierungen vor dem Studium, insbesondere aber die Erhöhung des Schulgeldes zum Zweck der sozialen Selektion schärfste Kritik. Aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt des „Bildungsrechts für alle“, sondern auch angesichts des Klassencharakters von Staat und Gesellschaft wird die Behauptung der „Überproduktion von Gebildeten“ zurückgewiesen. „Haben wir in der That mehr akademisch gebildete Arbeitskräfte als wir brauchen könnten? Sind auch nur annähernd so viel Ärzte, Naturkundige und Lehrer vorhanden, als vorhanden sein müßten, wenn alle der Nation auf dem Gebiete der Gesundheitspflege und der Erziehung erwachsenden Aufgaben erfüllt werden sollten?“ (DAVID 1897, S. 91). Und H. SCHULZ, der spätere Schultheoretiker der SPD, macht plausibel, daß etwa 20000 Lehrer fehlen, wenn man nur auf die „preußische Normalgrenze“ von 70 bzw. 80 Kindern pro Schulklasse zurückgehen wolle, während man ca. 100000 Lehrer benötige, ginge man auf die „wirkliche Normalgrenze“ von ca. 30 Schülern pro Schulklasse zurück (1899, S. 778). Hier wird der prinzipielle Unterschied zwischen marxistischer Kritik und derjenigen bürgerlicher Parteien besonders deutlich: erstere sieht in der „Überfüllung“ nicht nur ein schul- und hochschulorganisatorisches Problem, sondern eine *bewußt eingeleitete Maßnahme der herrschenden Kräfte zur Erhaltung des Bildungsprivilegs* bzw. eine klare politische Prioritätensetzung zugunsten der wirtschaftlichen und militärischen Expansion im Interesse jener herrschenden Kräfte: „Aber der Staat, könnte da vielleicht manche naive Seele fragen, warum tritt der angesichts solch trauriger Mißstände [i. e. Besitzprivileg auf höhere Bildung] nicht helfend ein? Könnte er nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade dem Übel steuern, indem er größere Summen, wie für das Unterrichtswesen überhaupt, so auch speziell für den Unterhalt der Hochschulen auswürfe? ... Ja, er könnte das wohl – und damit auch bis zu einem gewissen Grade Abhilfe schaffen. – Allein, wer so fragte, vergäße doch vollständig, daß dem Klassenstaat der Militarismus eine zehnmal wichtigere Institution für den Fortschritt der Kultur bedeutet als die Pflege höherer Geistesbildung. 854 Mill. für Heer und Marine (Etat 1890/91), 20 Mill. für sämtliche deutsche Universitäten (Etat 1891/92), das ist seiner Ansicht nach so etwa das richtige Verhältnis“ („Ddf.“ 1895, S. 236).

2.3. Zu den Auswirkungen der staatlichen Maßnahmen auf den Charakter des Bildungswesens

Die Erhöhung des Schulgeldes, die Warnungen vor dem Studium und die Verlängerung der Vorbereitungsdienste für das Lehramt und den Justizdienst – diese im Status von „Hilfskräften“ obendrein unzureichend vergütet – zeitigen nach Auffassung der sozialistischen Kritik vor allem Auswirkungen, die sich als *Verschärfung des Besitzprivilegs auf Bildung* kennzeichnen lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß nur vermögende Eltern ihren Kindern Schulbesuch, vor allem aber Universitätsbesuch und die vielfach jahrelangen Wartezeiten finanziell ermöglichen können. „Auch die Bildung, die Erschließung der höheren geistigen Güter des Lebens, soll mehr noch als es schon der Fall ist, ein

ausschließliches Privileg derer werden, die das Geld dazu haben“ (DAVID 1897, S. 90). Insbesondere für den Nachwuchs der Arbeiterklasse wird damit die höhere Bildung fast vollständig ausgeschlossen: „Noch schwieriger als der Übergang zu selbständigem Kleinbetrieb, ja fast hoffnungslos ist heute der Versuch des Proletariers, seinen Sohn studieren zu lassen. Aber nehmen wir an, ein solcher Versuch sei gelungen, was soll nun dem Proletariersohn, der mit der Verwertung seiner Kenntnisse nicht warten kann, dem keine Protektion zur Seite steht, seine höhere Bildung nützen, jetzt, wo tausende von Juristen jahrelang warten müssen, bis im Staatsdienst die Reihe an sie kommt, wo Techniker, Chemiker, absolvierte Handelsschüler zu Hunderten stellenlos herumlaufen?“ (KAUTSKY 1908, S. 55)

2.4. Lösungen

Eine wirkliche Lösung der „Überfüllungs“-Krise im besonderen und der Ungleichheiten im Bildungswesen im allgemeinen, eine Besserung der sozialen Lage zahlreicher mittelloser Studenten und mittelloser, weil stellenloser Akademiker wurde von der kapitalistischen Klassengesellschaft nicht erwartet, weil in dieser Gesellschaft die für die Finanzierung einer den Individuen und der Gesamtheit entsprechenden Ausbildung erforderlichen Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten – hieraus leitete z. B. EDUARD DAVID den „kulturwidrigen, nächstenfeindlichen“ Charakter des Wilhelminischen Staates ab. In diesem Zusammenhang ist auch die Kritik und die Opposition bezüglich der Militärvorlagen in den Parlamenten seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten zu sehen – ebenso wie die öffentlichkeitswirksame publizistische Bekämpfung des Militarismus, besonders in Preußen.

Die sozialdemokratische Kritik machte die Inhaber der politischen Macht für die Qualifikationskrise akademischer Berufe allein verantwortlich. Sie verwies auf das vorwaltende *Herrschaftsinteresse*, das die Ungleichheit der Bildung aus Gründen der Sicherung der Herrschaft von sich aus niemals aufzugeben bereit wäre. Daraus erklärte sich der – in Zeiten der vermeintlichen Überfüllung besonders verstärkt wirksame – privilegierende Charakter der Bildungsinstitutionen, auch der Hochschule. Folgte die sozialistische Kritik mit dieser Auffassung vom Klassencharakter der Bildung, der in allen antagonistischen Gesellschaften seinen sichtbaren Ausdruck im Bildungsprivileg als Vorrecht der herrschenden Klassen auf höhere Bildung findet, und dessen Aufhebung durchaus der Theorie von K. MARX und F. ENGELS, so finden sich auch davon tendenziell abweichende Auffassungen, die den sozialistischen Zukunftsstaat fast idyllisch ausmalen statt konkrete Wege dorthin aufzuzeigen. „Doch es werden Zeiten kommen, wo dieses Bestreben [i. e. möglichst viele höhere Bildungsanstalten zu errichten] mit erneutem Eifer und mit viel größerer Macht wieder aufgenommen werden wird. Diese Zeiten werden nicht eher anbrechen, als bis der Sozialismus seine Banner zum Siege geführt hat, seine Banner mit dem Wahlspruch: *Wohlstand und Bildung für Alle*“ (DAVID 1897, S. 91). Hier kündigte sich bereits deutlich die revisionistische Auffassung eines „Sozialismus“ im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsstruktur an.

3. Die Rolle der Intelligenz

Neben dieser bildungspolitisch akzentuierten Einschätzung der Überfüllungsproblematik hat es in den 1890er Jahren im Rahmen der sozialdemokratischen Publizistik darüber auch eine Grundsatzfragen berührende Diskussion gegeben, die auf die *historisch sich verändernde Rolle der Intelligenz* als Erklärung verwies. Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem „Proletarisierungsprozeß“, dem die Intelligenz in den vergangenen Jahrzehnten der sich durchsetzenden kapitalistischen Gesellschaft unterworfen sei. Während in früheren Gesellschaften durchaus noch eine Einheit von Herrschaft und geistiger Arbeit gegeben gewesen sei („ehedem waren es die Ausbeuter selbst oder wenigstens eine Klasse derselben, welche die geistige Arbeit vorzugsweise betrieben; die Kirche z.B., die im Mittelalter die geistige Arbeit repräsentierte, war der größte Grundbesitzer und als solcher an der feudalen Ausbeutung direkt sehr stark interessiert“) wird in der kapitalistischen Gesellschaft „die geistige Arbeit ... die besondere Aufgabe einer eigenen Klasse, die an der kapitalistischen Ausbeutung in der Regel direkt nicht – und ihrer Natur nach auch nicht notwendig – interessiert ist, der sogenannten Intelligenz, die ihren Lebensunterhalt aus der Verwertung ihrer besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten zieht“ (KAUTSKY 1895, S. 14). Auf einer sehr allgemeinen Ebene ist damit eine These formuliert, die das starke Anwachsen der Intelligenz – der von KAUTSKY gebrauchte Begriff „Klasse“ ist hier unscharf – im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Prozessen des aufziehenden bzw. sich gerade voll entfaltenden Kapitalismus erklärt. Allerdings gingen die Auffassungen hinsichtlich der klassenanalytischen Bestimmung dieser neuen Intelligenzschichten beträchtlich auseinander.

Die meisten Beiträge – besonders im „Sozialistischen Akademiker“ bzw. in den „Sozialistischen Monatsheften“ – operierten mit dem Begriff des „geistigen Proletariats“, des „gebildeten Proletariats“ oder spezifisch, wie es ein Autor faßt, mit den „proletariis philologis“. Als Merkmale für diese behauptete Identität mit der Arbeiterklasse im engeren Sinn hoben sie zum einen die katastrophale *materielle Lage* der arbeitslosen bzw. in Hilfsdiensten stehenden Akademiker, zum anderen die *Notwendigkeit des Verkaufs ihrer geistigen Ware Arbeitskraft* hervor. In mehreren Beiträgen wird die materielle Lage, die in der Tat derjenigen der Arbeiterklasse in vielem gleich war, sorgfältig aufgezeigt („A.W.“ 1895; „Dr.-t.“ 1895; „Ddf“ 1895; ERNST 1896; ERICUS MONTANUS 1896). Ferner wird auf die *zunehmende Abhängigkeit* unter diesen materiellen Rahmenbedingungen verwiesen sowie auf den Charakter der Arbeit, insbesondere auf den Fachidiotismus, der „unter den geistigen Arbeitern ..., nach manchen Erscheinungen zu urtheilen, schlimmer [ist] als der Fachidiotismus der Handarbeiter, die oft zu Teilen einer Maschine geworden sind“ („Dr.-t.“ 1895, S. 129). Demgegenüber betont K. KAUTSKY, daß die beiden Merkmale (materielle Lage, Angewiesenheit auf den Verkauf der Arbeitskraft) durchaus „auf das Proletariat passen; aber hat es nicht Hungerleider seit jeher gegeben, seitdem es eine Zivilisation gibt? Und gab es nicht Lohnarbeiter schon vor dem 19. Jahrhundert? Aber erst in unserem Jahrhundert ist es zur Bildung eines klassenbewußten Proletariats gekommen, das zum Träger der sozialistischen Bewegung geworden ist“ (1895, S. 44). Er unterscheidet zwischen einer „Aristokratie des Geistes“, zu der er „Ärzte, Advokaten, Lehrer an Mittel- und Hochschulen, der an Hochschulen gebildeten Ingenieure und Chemiker, der höheren Verwaltungsbeamten und dergleichen“ (ebd., S. 74) rechnet, die ausschließlich Berufs- oder Standesinteressen, nicht aber mit dem Proletariat gemeinsame Klasseninteressen haben, und einer Reihe von Berufen und

Schichten in der Intelligenz, „die dem Proletariat sehr nahe stehen und mit ihm mindestens ebenso viele Berührungspunkte haben als mit der ‚Aristokratie des Geistes‘“ (ebd., S. 46). Hierzu zählt er die Absolventen des mittleren Schulwesens (Kunstschulen, Musikschulen, Gewerbeschulen u. a.), aber auch die „Scharen von ‚Kopfarbeitern‘ im unteren Verwaltungsdienst von Staat und Gemeinde und von kapitalistischen Unternehmungen, die unteren Eisenbahn-, Post-, Kanzleibeamten usw.“ (ebd., S. 47). Diese Tendenz der „Proletarisierung“ von *bestimmten* Intelligenzschichten setze sich unaufhaltsam fort: „Je mehr die allgemeine Bildung und das Fachschulwesen wächst, desto mehr hören die Kenntnisse, die für diese Berufe erforderlich sind, auf, das Privilegium eines verhältnismäßig kleinen Kreises zu sein, desto aussichtsloser wird es für sie, ihre Lage durch aristokratische Exklusivität, durch Beschränkung des Kreises der Konkurrenten, verbessern zu können, desto mehr werden sie darauf angewiesen, nur von dem allgemeinen Fortschritt des gesamten Proletariats ihr Heil zu erwarten“ (ebd.). Wenn es auch in KAUTSKYS hier wiedergegebenem Beitrag nicht explizit angesprochen wird, so leuchtet im Rahmen seines Gedankengangs ein, daß er mit folgender Aussage auch die pädagogische Intelligenz trifft: „... der Fortgang der kapitalistischen Produktionsweise führt dahin, daß immer mehr Mitglieder der Intelligenz herabsinken in diese *dem Proletariat verwandten Schichten*, daß die letzteren immer ausgedehnter, aber auch immer proletarischer in ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen werden ...“ (ebd., S. 46). Eindeutig auf die pädagogische Intelligenz bezogen sind seine Ausführungen zu dem Erfurter Programm aus dem Jahre 1908, wo er ganz ähnlich eine Verschlechterung der „Klassenlage der Arbeiter der Bildung“, eine „Reservearmee der geistigen Arbeiter“ und die in ihren Reihen ebenso wie in denen der Industriearbeiter anzutreffende Arbeitslosigkeit als „ständigen Gast“ konstatiert (KAUTSKY 1908, S. 53).

Dieser differenzierende Ansatz KAUTSKYS, der hinsichtlich der materiellen Lage und der Arbeitsbedingungen eine langfristig wirkende Tendenz der Annäherung von Teilen der Intelligenz an die Arbeiterklasse zugrundelegt, ist in der marxistischen Diskussion später weiter differenziert (KIEVENHEIM 1973) worden und aktuell geblieben. Ihre Entsprechung bzw. Bestätigung finden die KAUTSKYSchen Thesen und deren Weiterentwicklung in dem Wandel des gesellschaftlichen Selbstverständnisses der Intelligenz. Dies äußert sich zum Beispiel in der allmählichen und widerspruchsvollen Transformation vieler vormals berufsständisch orientierter Standesverbände in gewerkschaftliche Organisationen, besonders innerhalb der Lehrerschaft. Dieser Prozeß setzte innerhalb der Volksschullehrerschaft in Deutschland 1920 ein (STÖHR 1977) und wurde 1949 mit der Gründung der GEW im DGB weiter vorangetrieben.

Quellen und Literatur

- „A. W.“: De proletariis philologis. In: Die Neue Zeit 13 (1895), 1. Bd., S. 814–823.
 „Ddf.“: Die soziale Lage des Akademikers. In: Der sozialistische Akademiker 1 (1895), S. 233–236, 254–257.
 „Dr.-t.“: Das gebildete Proletariat und die Sozialdemokratie. In: Der sozialistische Akademiker 1 (1895), S. 128–130, 139–143, 162–164.
 „ERICUS MONTANUS“: Geistige Arbeit und privilegierte Lebensstellung. In: Der sozialistische Akademiker 2 (1896), S. 642–647.
 ANDERNACH, N.: Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848–1918. (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im Neunzehnten Jahrhundert. Bd. 4.) Göttingen 1972.

- BLANK, R.: Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands (nebst einer Bemerkung von M. WEBER). In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 20 (N.F. 2) (1905), S. 507–553.
- CHRIST, K.: Sozialdemokratie und Volkserziehung. Die Bedeutung des Mannheimer Parteitages der SPD im Jahre 1906 für die Entwicklung der Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Bern/Frankfurt/M. 1975.
- DAVID, E.: Die Überfüllung der höheren Berufsarten. In: Sozialistische Monatshefte 1 (1897), S. 88–91.
- EICHLER, E.: AUGUST BEBEL über die Rolle der Arbeiter-Bildungsvereine und über sozialistische Schulpolitik. In: Jahrbuch für Erziehungs- und Schulgeschichte 3 (1963), S. 119ff.
- ENGELS, F.: [An den Internationalen Kongreß sozialistischer Studenten] vom 19. Dezember 1893. In: MEW 22, Berlin/DDR 1970, S. 415.
- ERNST, P.: Das gebildete Proletariat in Deutschland. In: Der sozialistische Akademiker 2 (1896), S. 232–238.
- KAUTSKY, K.: Die Intelligenz und die Sozialdemokratie. In: Die Neue Zeit 13 (1895), S. 10–16, 43–49, 74–80.
- KAUTSKY, K.: Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. Stuttgart 1908.
- KIEVENHEIM, CH.: Zur Entwicklung der geistigen Arbeit und der Intelligenz. In: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.): Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970. Frankfurt/M. 1973, S. 227–276.
- LIEBKNECHT, W.: Wissen ist Macht – Macht ist Wissen und andere bildungspolitisch-pädagogische Äußerungen. Ausgew., eingel. u. erläutert von H. BRUMME. Berlin (DDR) 1968.
- SCHULZ, H.: Zehn Jahre preußische Volksschulgeschichte in Zahlen 1886–1896. In: Die Neue Zeit 17 (1899), S. 769–780.
- STÖHR, W.: Die Freie Lehrergewerkschaft Deutschlands 1920–1923. Diss. phil. Marburg 1977.